

Auszug aus dem Beschlussprotokoll

165. Sitzung des Gemeinderats vom 10. Dezember 2025

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- 1a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
- 1b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 29 393 100.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2026 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Dem Referendum unterliegend:

4a. Die Globalbudgetverordnung (GBVO, AS 611.102) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Informationsteil

¹ Der Informationsteil für jede Produktgruppe enthält:

a. einen Kommentar zu Veränderungen und erwarteten Entwicklungen;

lit. b und c unverändert.

d. eine Beschreibung allfälliger ausserordentlicher Massnahmen.

Abs. 2 unverändert.

4b. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2026, Vorlage des Stadtrats vom 10.09.2025

2 / 6

- Novemberbrief vom 05.11.2025
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 01.12.2025
- Anträge der RPK vom 01.12.2025, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse
- Antrag der RedK vom 14.11.2025

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1000	Gemeinde			
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat			1 730 000	Mehrheit
			225 000	1 955 000	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung: Briefliche Stimmabgabe von B- auf A-Post wechseln, um einen späteren Briefeinwurf zu ermöglichen und die Stimmbeteiligung zu erhöhen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:



3 / 6

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 116	10 1005 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat			50 000	1 782 900 1 832 900	Minderheit Mehrheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte) Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Schaffung einer halben Stelle für die wissenschaftliche Mitarbeit in der Geschäftsprüfungskommission			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 124	10 1020 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat				7 846 700	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)



200 000	7 646 700	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
Begründung: Verzicht auf die Schaffung von 2 neuen Stellen; weitere neue Anforderungen sollen durch interne Umlagerungen bewältigt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 125	10 1020 3132 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat				657 000	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
					50 000	Minderheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Prioritäten setzen, etwas reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 131	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat				0	Minderheit 2
						Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)



5 / 6

40 000 000	-40 000 000	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
30 000 000	-30 000 000	Minderheit 1	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
Begründung: Mehrheit: Per 31.08.2025 gibt es 428,6 unbesetzte Stellen (31.08.2024: 552,4). Im Budget 2026 sollen 777,9 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so Anfang 2026 über 1000 unbesetzte Stellen geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von 40 Millionen Franken. Minderheit 1: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-40 000 000)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>37 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.



6 / 6

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3049 00 200	Sammelkredit Einmalzulagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
006.	Antrag Stadtrat			0	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			4 500 000	4 500 000	Minderheit	Leah Heuri (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Einmalzulage in der Höhe von Fr. 500 pro 1 Stelle für alle Angestellten der Funktionsstufen 1 bis 6 zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts durch die steigenden Krankenkassenprämien			

Micha Amstad (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 4 500 000 Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 166, Beschluss-Nr. 5539/2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat